

Saale-Zeitung.

Anzeigen werden die Spaltenzahl oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von anderen Annoncenstellen mit allen Anzeigen-Preisen annehmlich.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2.50 M., bei monatlicher Aufstellung 2.75 M., durch die Post 3.25 M., auswärts Aufstellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.

Für die Redaktion verantwortlich: S. W. Dr. W. Winger in Halle. Erscheinung von 10<sup>u</sup>, bis 12<sup>u</sup>, Uhr. (Hauptredaktion: Redaktion Nr. 2532. - Expedition Nr. 17.)

Sechsmunddreißigster Jahrgang.

Nr. 380.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 15. August

1903.

Der Kronrat.

Zu der gestern abgehaltenen Kronratsitzung wird uns weiter aus Berlin geschrieben:

Die mit Spannung erwartete, am Donnerstag vorgängig verfallene Sitzung des Kronrats hat am Freitag vormittag im königl. Schloß in Berlin stattgefunden. Der Kaiser traf am Morgen um 9<sup>u</sup> mit Sonderzug aus Potsdam hier ein und hatte zunächst mit dem Reichspräsidenten Grafen v. Bülow in dessen Palais eine kurze, etwa halbstündige Besprechung. Um 11<sup>u</sup> Uhr trat dann der Kronrat unter dem Vorsitz des Kaisers zusammen.

Die Kronrat sich mit wichtigen Fragen der inneren Politik des Landes beschäftigt hat, ist ohne weiteres anzunehmen. Eine Kronratsitzung findet selten statt und wird nur zur Erledigung bedeutungsvoller Fragen einberufen. Die Anknüpfung einer Sitzung des Kronrats nach Mittelfest des Kaisers von der Nordlandfahrt hat zu allerlei Vermutungen und zum Teil phantastischen Gerüchten Veranlassung gegeben.

Über das Ergebnis der Verhandlungen des Kronrats am Freitag ist eine amtliche Mitteilung zu erwarten. Es sieht fast, daß es sich in erster Reihe um den durch die Ueberziehungen in Schlesien verursachten Notstand gehandelt hat. Auch über die Frage, wie der Wiederkehr derartiger Katastrophen in Zukunft wirksam vorgebeugt werden könne, ist den Vornahmen nach verhandelt worden.

Was die Berichte über bevorstehende Veränderungen in Ministerium anlangt, so dürfte in der Sitzung des Kronrats darüber schwerlich verhandelt worden sein. Kaiser Wilhelm pflegt nicht mit dem Staatsministerium sich vorher darüber zu unterhalten, wenn er als verantwortlicher Ratgeber berufen oder entlassen soll.

Als die Berichte über die ursprüngliche Haltung des Herrn v. Kammerstein gegenüber den schlesischen Hochwasserfällen ebenfalls ausgeschrieben hat, wie Graf Bülow durch sein Einwirken eine Änderung dieser Haltung bewirkt hat, so ist nichts natürlicher, als daß der Minister sein Entlassungsgesuch einreicht, um so mehr, als er längst die Ueberzeugung gewonnen haben wird, daß er den ihm obliegenden Anteil nicht gewachsen ist. Angebracht soll bereits der Landesdirektor von Brandenburg Freiherr v. Mantteuffel als Nachfolger des Herrn v. Kammerstein in Aussicht genommen sein.

Mit solchen Mitteln kann Graf Bülow die Kanalvorlage nicht durchbringen. Soweit wir wissen, stellt man irgendeine diplomatischen Eigenschaften und die Ge-

schicklichkeit in Abrede, die dem Kaiser-Ministerpräsidenten inne wohnen; was ihm zum Vorwurf gemacht wird, ist ein Zuviel der Nachgiebigkeit, ein Manko der Kampflust in erregter Zeit. Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik hat es eine ähnlliche Situation gegeben, wie heute auf dem inneren. Es war das vor Jena. Die damalige Unentschlossenheit des offiziellen Pressens, sein Zögern, seine Abneigung, klar und fähig Stellung zu nehmen, seine Vorliebe für das bequeme Anknüpfen der Neutralität führte zum glatten Zusammenbruch des Staates. Das Kabinett Bülow kann auf dem Gebiet der inneren Politik Ähnliches erleben, wenn es weiter die Hände wandelt, auf denen sich damals die Weisheit der Kaiserin und Genossen wohlgefällig. Uebrigens glauben wir, daß die Position des Grafen Bülow, wenn er sich nur entschließen kann, im liberaleren Geiste die Leitung der Partei zu übernehmen, nach wie vor seine ible ist. Er gilt viel beim Kaiser, und eine Kaiserkrisis wäre im Hinblick auf die Handelsvertragsverhandlungen und anderes im Augenblick kaum opportun. Nur wenn er jaghaft ist und Schwäche zeigt, wird er stürzen; infolgedessen kann es ihm nur dienlich sein, wenn die öffentliche Meinung ihm ihre Förderung, Graf, werde hart! immer und immer wieder so energisch als möglich zuruft.

Deutsches Reich.

Der Kronprinz und die Reichsregierung.

- Gelegenheitlich des diesjährigen Schiffsfestes des Meher Schützenvereins hatte der neue kommandierende General des XV. Armeekorps Höpfer für den Kaiser einen Schuß auf die Ehrenkleidung abgegeben und damit den siebensten Preis, eine vom Schützenverein 'Zell' gestiftete wertvolle Wappe, erzielte. Seit nach seiner Rückkehr von der Nordlandreise, hat nun der Kronprinz nach dem 'Lot-Atz' bekommen, das ihm in Meher Preis zugesandt wurde. Diefem Befehle wurde sofort Folge geleistet.

- Der Kronprinz hat das Protestieren über die vom 9. bis 12. Oktober im Landesausstellungsorte in Berlin stattfindende Provinzial-Flussausstellung übernommen. Ehrenpräsident dieser Ausstellung ist der Landratspräsident v. Pöbbecke.

- Der Staatssekretär des Innern Graf Wolodostsky-Wegher hat Grafen und Fürsten des Reiches und ist nach Utrecht in Holland weitergefahren.

Handwerk.

Obwohl unsere Gesetzgebung vielfach einen Unterschied zwischen einer Fabrik und einem Handbetrieb macht, hat sie niemals verurteilt, die Begriffe 'Fabrik' und 'Handwerk' zu bestimmen. Die Folge davon ist eine große Unklarheit, die namentlich zu Tage getreten ist, seitdem die Bestimmungen in der Reichsverfassung, die den Zimmern überhaupt gewisse Rechte auch den Handwerken gegenüber, die ihnen nicht an gehören, zugestanden hat, und die Handwerke, oder, wie sie in einzelnen Staaten heißen, Gewerbetreibenden das Recht haben, die Handwerker zu Beiträgen heranzuziehen. Die Zimmern haben ein Interesse daran, möglichst viele und möglichst leistungsfähige Betriebe unter ihren Einfluß und ihre Zustuber als Mitglieder zu gewinnen, und die Handwerkskammern suchen die Zimmern, die sie vertreten, darin zu unterstützen. Durch die mangelhafte Redaktion der Gesetz ist es glücklicherweise gekommen, daß die Zustuber anderer Betriebe, die von den Zimmern als Handwerker in Anspruch genommen und von den Verwaltungsbehörden als solche anerkannt worden sind, nicht bloß für Zimmern und Handwerkskammern, sondern auch für die Handelskammern zu Beiträgen herangezogen werden müssen, weil sie im Handelsregister eingetragen sind und von den Gerichten für eintragungsfähige Kaufleute erklärt werden. Im allgemeinen wollen die Zustuber derartigartigen Betriebe lieber Kaufleute bleiben und für die Handelskammer Beiträge leisten; gelegentlich aber kommt auch das Gegenteil vor. So ist kürzlich durch Eruch des schlesischen Obergerichtes ein Streit beendet worden, der seit zwei Jahren zwischen der Handelskammer in Leipzig und dem dortigen Buchdruckereibetrieb Müller schwelte. Dieser erklärte im August 1901, daß er sich als Handwerker und somit der Gewerbe kammer gegenüber betrachte und demgemäß aus der Liste der Handelskammer beurlaubt werden wolle. Die Handelskammer wies seine Erklärung zurück, die Gewerbe kammer trat aber Müllers Ansicht bei und die Kreisbauverwaltung Leipzig entschied, daß Müller als Mitglied der Buchdruckervereinigung als Handwerker zu betrachten und demgemäß zur Gewerbe kammer wahlberechtigt und tributpflichtig sei. Die Handelskammer erhob darauf Klage, das Obergericht entschied, daß Müller sich als Mitglied der Kreisbauverwaltung anerkennen und wies sie an, den Buchdruckereibetrieb Müllers an der Hand der Reichspräsidenten des Reichspräsidenten nachzuweisen zu prüfen. Die Kreisbauverwaltung entschied wiederum zu Ungunsten der Handelskammer, diese erhob nochmals Aufhebungs- und das Obergericht entschied, daß Müller, die Entscheidung der Kreisbauverwaltung, auf und erklärte dahin, daß Derr Müller nicht zur Gewerbe kammer wahlberechtigt ist. Auf diesem, wie man sieht, sehr unklaren und recht komplizierten Wege wurde in einem Falle entschieden, daß die Buchdruckerei nicht als handwerksmäßig Betrieb, sondern als Fabrik anzusehen sei. Wenn diese Streitfrage hier ist in derselben Weise ausgetragen werden soll, so würden Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichte in vielfach Unklarheiten zu erleiden haben. Im vorliegenden Falle waren die zur Fällung des Urteils erforderlichen Tatsachen übrigens sehr leicht zu ermitteln. Eine Buchdruckerei, die ein technisches Personal von 63 und ein Kontor-

personal von 13 Personen beschäftigt, ferner eine ganze Reihe durch elementare Kraft betriebene Arbeitsmaschinen verwendend, ist kein handwerksmäßig Betrieb kein. Dies hätte leicht festgestellt werden können, ohne daß das Obergericht die Ueberzeugung von Dresden nach Leipzig reiste und die Dunderst besichtigte.

Politisches.

- Zahlreiche Voten haben in Polen die Unterstützung der Deutschen anlässlich der Ueberziehungen in Ansporn genommen. Diefem Ziel die deutsche Politik in allererhülligen Bemerkungen über die schlesischen Voten her und sein politisches Blatt hat sich zu einem Anlauf für die Ueberziehungen angesetzt. Dies hätte die Gedanken wird im 'Polen-Anzeiger' folgendermaßen geäußert:

Es hat in allen deutschen Kreisen unserer Provinz mit vollem Rechte Aufsehen erregt, daß bis auf ganz wenige Ausnahmen sich die Voten an den Sammlungen für die durch das Hochwasser der Veste Gefährdeten nicht beteiligt haben. Die politische Presse hat es nicht nur verweigert, zu den Sammlungen aufzufordern, einzelne Organe gehen sich nicht enthalten können, diese Gelegenheit zu benutzen, um ihrem Hause gegen alles deutsche Voten Anlauf zu geben und ihre Verheißung ärgern dem je zu treiben. Die politischen Organe unserer Provinz können zu lernen, wollen wir unsere Interessen erhalten. Diefem Ziel muß insofern werden, daß es den Voten der Polen gegen eine vorläufige, alles menschliche Gefühl tief verletzende Kampfbewegung in Leipzig erhoben worden ist, obwohl dessen Teilnahme muß, daß ein sehr großer Teil der Unterzeichneten an Polen gewählt wird. Es ist in diesem Falle gefährlich, haben sich die Voten wohl nicht erweisen können. Uns Deutschen ziemt demgegenüber nur das Schweigen der Betrachter.

- Die Eisenbahndirektion Berlin stellt im 'Anstaltsblatt' mit, daß den ihr nachgeordneten Stellen ein Preisgeld Substitutionsliste über Silber des Kaisers und der Kaiserin in Ausgabe soll. Jedes Bild sollte ungefähr 50 Pf., im Rahmen 2.65 M. Es heißt in der Bekanntmachung:

Die Substitutionslisten sind mit einer Anzahl dieser Anstaltsblätter bei sämtlichen Beamten und Arbeitern zu versehen, die sich dafür interessieren, ein gutes Preisgeld billig zugänglich zu machen. Aber es ist dabei nicht zu vergessen, daß manche, die nicht subskribieren, dadurch Gefahr laufen, als nicht für den Preisgeld zu werden, und damit wird auf alle ein Druck ausgeübt, der den Wert des Bildes auch für viele von denen herabsetzt, die sich moralisch gegenüber sehen, es zu kaufen. Sehr geeignet, die Königstreue zu fördern scheint und das Befahren nicht.

- Auf den Wahlkreis Dessau haben, wie in der 'Kreuzzeitung' zu lesen ist, die Nationalliberalen, 'quasi' des historischen Anpruchs, weil er jahrhundertlang nationalliberal vertreten gewesen ist. Nationalliberal Abgeordnete hatte der Wahlkreis 1867-91, sowie 1894-99. Von 1881-84 vertrat als Mitglied der liberalen Vereinigung Dr. Zölln, seit 1890 Herr von Hoffmann. Seit 13 Jahren haben die Nationalliberalen demnach keinen Abgeordneten aus ihrer Mitte durchbringen können, und doch sollen sie den historischen Anpruch auf den Wahlkreis haben! Das Dingen des Korrespondenten der 'Kreuzzeitung' nach Anstellung eines nationalliberalen Kandidaten wird nicht als Unerwartung angesehen, sondern als natürliche Bewegung und der Befestigung der liberalen Kandidaten begründet. Wogu da ein nationalliberaler Kandidat notwendig sein soll, wird nicht weiter ausgeführt. Die 'Kreuzzeitung' selbst hat an anderer Stelle ihres Wertes, sie hoffe, daß der Defensor Konzeptionelle Herrn Schröder in den Reichstagen werden wollen, sie selber aber fürchten, daß ihre Parteifreunde 'sein Tadel' treffen könnte, wenn sie die Ueberzeugung der freien Willigen Vereingung und der Sozialdemokratie nicht erweisen könnten und also sich der Wahl entziehen. - Wir empfehlen diesen Konventionen die beiden konkurrierenden Kandidaten doch noch einmal etwas genauer zu prüfen. Sie werden bei gutem Willen die Grenze sehr genau erkennen. Freilich wäre es andererseits dem Fraktionsführer Dr. Bruns zu raten, freierwillig dabei den Konventionen etwas zu Stille zu kommen.

- Gollen die Konventionen in der Stichwahl von Gharab ab, so wird das allerdings bei ihrer geringen Anzahl wenig an dem Ergebnis ändern.

Wahlverhältnisse.

- Ueber den Abschluß des Handelsvertrags mit Rußland werden sich, wie der 'Wahlverhältnisse' berichten zu können glauben, die mündlichen Vorberedungen in Petersburg bis Ende dieses Monats hinausziehen. Die deutschen Unterhändler werden dann nach Berlin zurückkehren und die letzten Punkte genau zu besprechen, über welche ein Uebereinkommen schon jetzt zu erzielen wird, ebenso aber auch über die Streitfragen, deren Lösung bis zu dem angegebenen Termin Schwierigkeiten bereitet. Die Nachzügler der deutschen Vertretung über den Stand der Verhandlungen werden zu erwarten sein, unterhändler bedeutet mit sich seinen Willen und ihre Stellung wird entweder in Berlin oder wieder in Petersburg, je nach Zweckmäßigkeit, bald erfolgen.

- In einer kürzlich stattgefundenen Versammlung von Delegierten der zahlreichen Gewerbevereine Deutschlands wurde - wie die 'Deutsche Gewerbezeitung' meldet - ein aus den namhaftesten Vertretern der deutschen Gewerbevereine bestehender Ausschuss für die Ueberziehungen in Schlesien gebildet. Diefem Ausschuss ist schon seit längerer Zeit eine eingehende Erörterung der Konventionen der Kandidaten der Gewerbevereine vorbehalten. Der Ausschuss erlitt jetzt an alle Gewerbevereine einen Aufruf, in dem auf die wichtige Lage der Ueberziehungen hingewiesen und jeder deutsche Gewerbeverein aufgefordert wird, es soll zunächst eine Geschäftsstelle errichtet werden, die den Zusammenfluß der ein-





